

## MEDIENKONFERENZ VOM 16. JULI 2009

---

Vania Alleva, Vize-Präsidentin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes,  
Geschäftsleitungsmitglied Unia

### Migration und Wirtschaftskrise

#### Integrationspolitische Prinzipien und Herausforderungen in der Krise

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration sind Aufenthaltssicherheit, Chancengleichheit, Partizipation und Anerkennung durch die Mehrheitsgesellschaft. Diese wichtigen Pfeiler, die schon in „normalen Zeiten“ nicht immer gegeben sind, riskieren in Zeiten der Krise erst recht ins Wanken zu geraten. Die Krise trifft alle und wir sehen Monat für Monat wie die Arbeitslosenzahlen steigen. Im Juni waren über 140'000 Arbeitslose gemeldet. Die Arbeitslosenquote stieg auf 3,6%. Der Druck auf die Arbeitsbedingungen nimmt zu, viele Arbeitnehmende sind verunsichert. Diese Situation wird sich in den kommenden Monaten fortsetzen und zuspitzen.

Migrantinnen und Migranten trifft die Krise jedoch zuerst und stärker. Bei den Migrantinnen und Migranten beträgt die Arbeitslosenquote aktuell 6,6%. Dies erklärt sich einerseits dadurch, dass jene Branchen, die besonders vom Konjunkturverlauf abhängen, hohe Ausländeranteile aufweisen. Andererseits verfügen ausländische Arbeitskräfte tendenziell über ein tieferes Bildungsniveau, was das Arbeitslosigkeitsrisiko zusätzlich erhöht. Während bei Schweizer Erwerbstätigen 13% keinen Lehr- oder Studienabschluss haben, sind es bei den Migrantinnen und Migranten hingegen 31%.

Auch bei gleicher Qualifikation ist zu beobachten, wie die Migrantinnen und Migranten meist zuerst die Stelle verlieren. Hier verstärkt sich, was bereits in guten wirtschaftlichen Zeiten belegt ist. Migrantinnen und Migranten werden auf dem Schweizer Markt diskriminiert, indem Arbeitsplätze eher an Schweizer vergeben werden. Dies zeigen diverse Untersuchungen des Bundes.

Weitere Gründe für die höhere Arbeitslosenquote der MigrantInnen sind:

- das Fehlen einer geeigneten Weiterbildungspolitik, die greift bevor jemand arbeitslos wird (lebenslanges Lernen auch für Bildungsferne).
- ungenügende Anerkennung ausländischer Zertifikate und Diplome
- ungenügende Reintegrationsmassnahmen und Schulung der Beratungsstellen

Rückmeldungen zeigen uns, dass die Angst unter den Migrantinnen und Migranten, insbesondere unter Nicht-EU-BürgerInnen, zunimmt, da mit den Verschärfungen im Ausländerrecht bei Arbeitslosigkeit und Sozialfürsorgeabhängigkeit der Entzug der Aufenthaltsbewilligung droht – selbst bei Migrantinnen und Migranten, die seit Jahren in der Schweiz leben und hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Migrantinnen und Migranten leiden also unter einer doppelten Angst: einerseits die Angst vor Arbeitsplatzverlust als Existenzbedrohung und Schlag für das Selbstwertgefühl, andererseits die Angst vor aufenthaltsrechtlicher Unsicherheit.

In der Krise und in Zeiten allgemeiner Verunsicherung fällt Fremdenfeindlichkeit auf „fruchtbaren Boden“. Unsere Gewerkschaftssekretärinnen und –sekretäre werden vermehrt konfrontiert mit Ablehnung von wirtschaftlicher Öffnung und ausländischen Arbeitskräften. Besorgniserregende nationalistische und protektionistische Tendenzen machen sich breit, wie die so genannte Gewerkschaft „der employés genevois“, die mit fremdenfeindlichen Parolen in Genf gegen Grenzgänger Stimmung macht.

Umso mehr stehen Bundesrat und Parlament in der Verantwortung nicht mit Sündenbockpolitik Fremdenfeindlichkeit zu schüren, sondern für echte Lösungen Hand zu bieten. So war die Diskussion um die Ventilklausel im Frühling eine reine Ablenkungsdiskussion, da kein Einwanderungsstopp nötig war und ist. Die Migration reagiert bereits auf die Wirtschaftskrise. Im ersten Quartal war im Vergleich zur Vorjahresperiode die Zahl der Daueraufenthaltsbewilligungen um 40% und die Zahl der Kurzaufenthaltsbewilligungen um 10% zurückgegangen. Dieser Trend verstärkt sich. Die Diskussion um die Ventilklausel ist also weder nötig noch bringt sie etwas für die dringend notwendige Sicherung der Arbeitsplätze. Aus Gewerkschaftssicht ist klar: Solche Diskussionen lenken von echten Problemen und echten Massnahmen, die getroffen werden müssten, ab. Nämlich eine aktive Krisenbekämpfung mit nachhaltigen Konjunkturprogrammen, aber auch Investitionen in Bildung und Weiterbildung. Eine Bildungsoffensive, um in der Zeit nach der Krise gewappnet zu sein. Damit die Arbeitsplätze aller Arbeitnehmenden in der Schweiz gesichert werden – unabhängig von der Herkunft.

Wir wissen alle: Die Schweiz wurde nicht nur zu einem guten Teil gebaut von Migrantinnen und Migranten. Sie wird heute von Mitarbeitenden mit einem ausländischen Pass geputzt und zunehmend werden auch die älteren Mitmenschen von Migrantinnen und Migranten gepflegt. Jetzt und auch in Zukunft ist die Schweiz dringend auf die Mitarbeit von Migrantinnen sowie Migranten angewiesen. Um so wichtiger ist es, dass der Bundesrat, das Parlament und auch die Arbeitgeber ihre Verantwortung wahr nehmen. Wir müssen gemeinsam verhindern, dass die Krise auf dem Rücken der Migrantinnen und Migranten ausgetragen wird. Das sind wir den Migrantinnen und Migranten schuldig. Das müssen wir aber auch in unserem ureigenen Interesse tun.